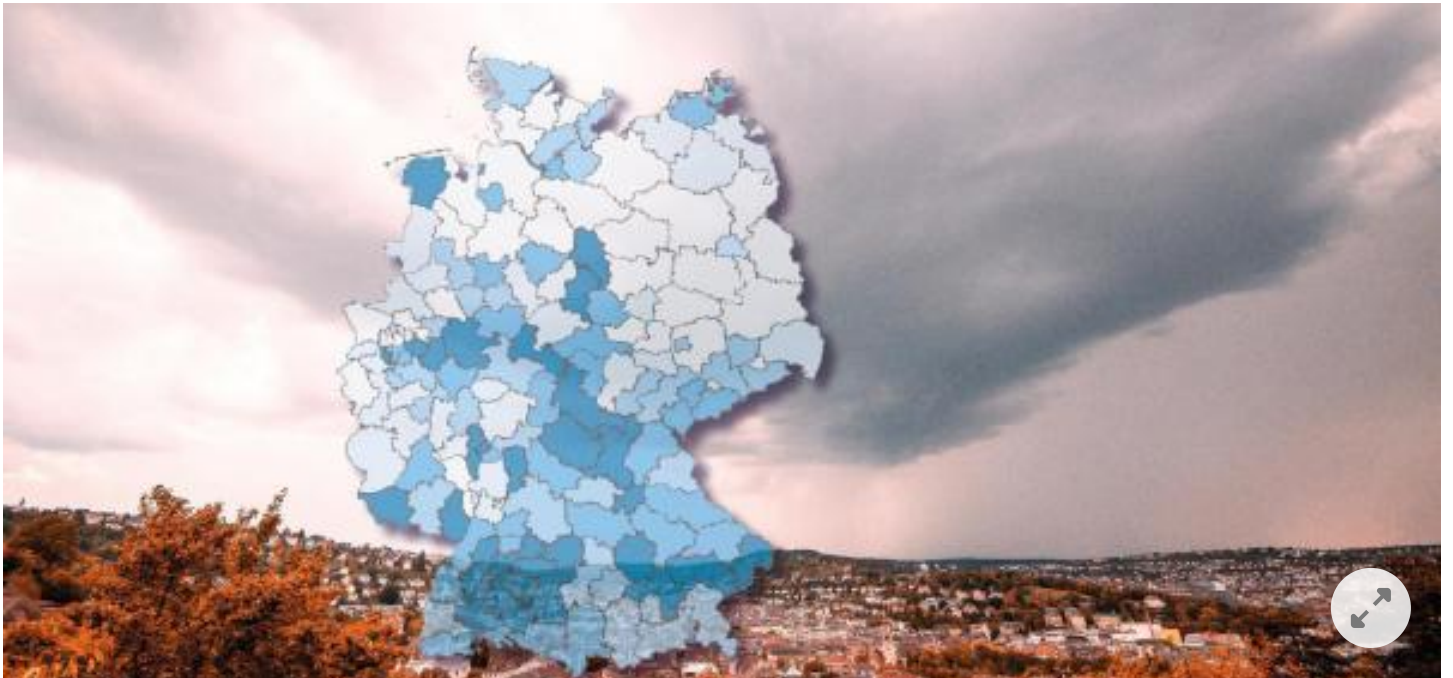


Diese Karte offenbart, wo Deutschlands Problemregionen liegen

Stand: 09:48 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Christine Haas**
Redakteurin Wirtschaft und Finanzen



Der Industriestandort Stuttgart ist bundesweit eine der am stärksten von der Kurzarbeit betroffenen Regionen

Quelle: Infografik WELT

Im Lockdown schaltete das Land in den Kurzarbeitsmodus. Aktuelle Auswertungen zeigen, wo besonders viele Menschen von der Maßnahme betroffen waren und sind. Die Daten sagen viel über den Standort Deutschland aus – und darüber, wo der Kampf um Jobs besonders hart wird.

Als Deutschland im Frühjahr in den Kurzarbeitsmodus wechselte, kam Halle relativ glimpflich davon. Zwar schlossen natürlich auch hier Gaststätten, Reisebüros und weitere Geschäfte. Doch die Region ist ein breit aufgestellter Dienstleistungs- und Logistikstandort. DHL, Amazon (<https://www.welt.de/themen/amazon/>) und andere Firmen haben dort große Lager angesiedelt.

„Weil die Menschen wegen der Pandemie plötzlich mehr bestellten, hatten die Versandunternehmen sogar mehr zu tun. Das hat in Halle für Auftrieb am Arbeitsmarkt gesorgt“, sagt Markus Behrens, Geschäftsführer der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die Folge: Der Anteil der Kurzarbeiter blieb

vergleichsweise gering. Nur 10,5 Prozent der Beschäftigten im Bezirk der Arbeitsagentur Halle waren im April in Kurzarbeit (<https://www.welt.de/themen/kurzarbeit/>), im Mai waren es weniger als neun Prozent. Das ist deutlich mehr als in normalen Zeiten, aber bundesweit eine der niedrigsten Quoten.

Im Zuge der Corona-Krise erreichte die Kurzarbeit in Deutschland Rekordniveau. Nach vorläufigen Daten wurde im April 2020, dem Monat mit den strengsten Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, für 5,96 Millionen Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld (<https://www.welt.de/themen/kurzarbeit/>) gewährt. Knapp jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte war demnach in Kurzarbeit. Die Werte liegen weit über denen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise: Damals wurde im Mai 2009 ein Höchstwert von 1,44 Millionen Kurzarbeitern erreicht, das war zu dieser Zeit jeder zwanzigste Arbeitnehmer.

Ein großer Teil der Betroffenen stellte die Arbeit allerdings nicht ganz ein, sondern reduzierte nur die Stundenzahl. Die Bundesagentur für Arbeit ersetzt zunächst 60 Prozent, später je nach Dauer und Umfang der Arbeitszeitreduzierung bis zu 80 Prozent des ausgefallenen Nettolohns der Beschäftigten (bis zu 87 Prozent für Beschäftigte mit mindestens einem Kind).

Große Sorgen in Stuttgart

In weiten Teilen Deutschlands schnellte die Kurzarbeit-Quote deutlich stärker in die Höhe als in Halle, wie nun aus Daten der BA hervorgeht. WELT hat die vorläufigen Hochrechnungen der Kurzarbeiterzahlen der 156 Arbeitsagenturbezirke ins Verhältnis gesetzt zur jeweiligen Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Kassel, Stuttgart und Emden zum Beispiel kamen demnach im Mai auf Quoten um die 30 Prozent. Für einige Bezirke wird es besonders schwer werden, wieder auf Vor-Corona-Niveau zu kommen. Dort geht es um die Zukunft Tausender Arbeitsplätze – und die Frage, was über die Kurzarbeit hinaus passieren muss, um sie zu retten.

Entscheidend ist die jeweilige Wirtschaftsstruktur vor Ort. Hart getroffen sind Bezirke, in denen Unternehmen dominieren, die mit einer Mischung aus Corona-Krise, Strukturwandel

und weiteren Problemen kämpfen. „Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe gestaltet sich der Rückgang als sehr zäh“, sagt Sebastian Link, Arbeitsmarktforscher des Ifo-Instituts.

Groß sind die Sorgen zum Beispiel im Bezirk Stuttgart. Autoindustrie und Maschinenbau ([/wirtschaft/article217545336/Als-VDMA-Praesident-uebernimmt-Karl-Haeusgen-eine-schwere-Aufgabe.html](https://wirtschaft/article217545336/Als-VDMA-Praesident-uebernimmt-Karl-Haeusgen-eine-schwere-Aufgabe.html)) sind hier die Leitbranchen, die weit über die Hälfte der Arbeitsplätze ausmachen. Sie waren schon vor Corona angeschlagen, die Unternehmen müssen unter anderem den Wechsel zur Elektromobilität bewältigen.

Bayern und Baden-Württemberg besonders betroffen

Mit der Pandemie allerdings wuchsen die Probleme abrupt. Große Unternehmen wie Daimler (<https://www.welt.de/themen/daimler/>) und Bosch meldeten Kurzarbeit an. Hinzu kamen zahlreiche andere Hersteller und Zulieferer im Bezirk. Gut 30 Prozent der Beschäftigten in Stuttgart waren im April und Mai in Kurzarbeit.

Inzwischen sind die Zahlen und auch die ausfallenden Arbeitsstunden zwar zurückgegangen. Und zudem können die Werte aus mehreren Gründen verzerrt sein, etwa weil es sich noch um vorläufige Hochrechnungen handelt. Dennoch wird in Stuttgart noch eine ganze Weile auf gedrosseltem Niveau gearbeitet werden.

„Ich gehe stark davon aus, dass viele Firmen in diesen Branchen noch bis Ende nächsten Jahres in Kurzarbeit bleiben werden“, sagt Christian Rauch, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Baden-Württemberg der BA. Die große Koalition hatte eine entsprechende Verlängerung des Instruments angestoßen.

Ähnliche Probleme gibt es in anderen Bezirken deutschlandweit, die durch entsprechende Konzerne oder durch viele kleine Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes geprägt sind. Schwerpunktmäßig trifft es Gebiete in Bayern und Baden-Württemberg. „Wir sehen zwar, dass die Kurzarbeit seit den Höchstständen im April/Mai deutlich zurückgegangen ist, jedoch kann man nicht davon sprechen, die erste Phase der Kurzarbeit sei überstanden“, sagt Ifo-Forscher Link. Laut Umfragen des Münchner Instituts war das Niveau der Kurzarbeit im September in etwa bei der Hälfte des Ausmaßes im Mai.

Wichtige Tarifverhandlungen im Dezember

Im Fokus steht in dieser Hinsicht nun nicht unbedingt die Sorge vor einem neuen Lockdown (</wirtschaft/plus218516496/Corona-Krise-Reisebuchungen-brechen-wieder-ein.html>). Es sei keineswegs ausgemacht, dass die Kurzarbeit insgesamt wieder stark ansteigen wird, sagt Link. Denn die Geschäfte, die im Frühjahr geschlossen werden mussten, könnten künftig womöglich trotz verschärfter Maßnahmen des Infektionsschutzes offen bleiben. Gravierend sind aber die Langzeitfolgen in den aktuell stark betroffenen Bereichen.

Das treibt auch Gewerkschafter um. „Kurzarbeit ist extrem wichtig, aber wir brauchen auch zusätzliche Instrumente, um die Arbeitszeit über 2021 hinaus reduzieren zu können“, sagt Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg. „Sonst reden wir schon bald darüber, Köpfe statt Zeit einzusparen (</wirtschaft/article217708004/Arndt-Kirchhoff-Ich-habe-Angst-dass-wir-deindustrialisieren.html>).“ Er fürchtet massiven Stellenabbau bei Autoherstellern, Zulieferern und im Maschinenbau.

Große Bedeutung kommt aus seiner Sicht deshalb den Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie zu, die im Dezember beginnen. Die Gewerkschaft will die Möglichkeit einer Vier-Tage-Woche durchsetzen – bei teilweisem Lohnausgleich. „Es geht ausdrücklich nicht um eine kollektive Arbeitszeitverkürzung. Wir wollen keine flächendeckende 32-Stunden-Woche“, betont Zitzelsberger, der entsprechende Befürchtungen der Arbeitgeber kennt. „Es geht um Optionen, die die einzelnen Betriebe anwenden können.“ Bei den bislang verfügbaren Instrumenten kämen die Beschäftigten zu schlecht weg.

Keine schärferen CO₂-Vorgaben

Obwohl die Arbeitgeber eine kostspielige Vier-Tage-Lösung in den vergangenen Wochen vehement ablehnten (</wirtschaft/article217522128/Vier-Tage-Woche-Das-Schreckensszenario-der-Arbeitgeber.html>), geht er davon aus, dass eine Einigung gelingen wird. Die Fronten sind allerdings verhärtet. „Klar ist, dass zeitnahe weitere Kostenbelastungen aus dem nächsten Tarifabschluss für die allermeisten Betriebe weder darstellbar noch akzeptabel wären“, sagt Peer-Michael Dick, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Südwestmetall. In Baden-Württemberg lägen die Durchschnittsverdienste der Branche bei 65.000 Euro, da dürften die Arbeitskosten nicht mehr steigen. „Wir stehen zum Flächentarif. Aber wenn er eine Zukunft haben soll, muss er jetzt Lösungen für die individuell sehr unterschiedlichen betrieblichen Situationen organisieren“, sagt Dick.

Er stellt sich vor, dass vorübergehend nach klaren Spielregeln „automatische Abweichungen nach unten möglich sind, ohne dass dies zäh auf betrieblicher Ebene mit der IG Metall ausgehandelt werden muss“. Die Lieblingsoption der Gewerkschaften lehnt er ab: Eine Vier-Tage-Woche mit Teillohnausgleich sei keine Lösung. Er will bei der Arbeitszeit eine andere Flexibilität: „Die starre 35-Stunden-Woche für alle ist kein Zukunftsschlager“, sagt Dick. Wo es weniger Arbeit gebe, müsse weniger gearbeitet werden, doch es soll eben auch nach oben gehen können.

Daneben sieht er die Verantwortung aber auch bei der Politik. Die Unternehmen, die neben den Corona-Folgen eine tiefgreifende Transformation meistern müssen, bräuchten dringend Unterstützung – und vor allem keine weiteren Belastungen. Eine Verschärfung der CO₂-Vorgaben der EU wäre aus seiner Sicht für viele eine Überforderung.

„Die Zahl der Insolvenzen würde stark ansteigen, Hunderttausende Arbeitsplätze allein in Deutschland gingen verloren, funktionierende Industriecluster würden zerstört“, sagt Dick, „und damit die industrielle Basis, die die Technologie für eine klimaneutrale Wirtschaft entwickeln kann.“ Das, so fordert er, gelte es unbedingt zu verhindern.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/218586380>